



Landtagswahl Saarland

Absolute Mehrheit ausgebaut

„Das ist ein sensationelles Ergebnis!“ Mit diesen Worten beglückwünschte Angela Merkel noch in der Weihnacht den saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller zu seinem Erfolg bei den Landtagswahlen.

„Die absolute Mehrheit ist ausgebaut. Das ist eine tolle Geschichte und eine

große gemeinschaftliche Leistung der saarländischen CDU,“ zeigte sich auch Peter Müller in einer ersten Analyse sehr zufrieden mit dem Wahlergebnis. Nach Sitzungen der Spitzengremien der Partei am Montag in Berlin erklärte Angela Merkel, der Sieg der Saar-CDU zeige, dass man mit „Mut und Klugheit, vor allen Dingen ▶

INHALT

Dokumentation
Daten, Fakten und
Hintergründe zum
Haushaltsentwurf
2005
Innenteil

Georg Milbradt zum
Ministerpräsidenten
des Jahres gewählt

Seite 13

HEUTE AKTUELL

■ **Laurenz Meyer:** Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser (Seite 3)

■ **Landtagswahl Saarland:** (Seite 4–10) ■ **Angela Merkel:** Die politische Lage in Deutschland (Seite 11–12)

■ **Aus den Ländern** (Seite 14) ■ **Hans-Gert Pötte-**ring: Beitrag zu mehr Demokratie (Seite 15) ■ **W. Börsen:** Atombomben. Das Spiel mit dem Feuer geht weiter (Seite 16) ■ **H. Heiderich:** Wichtige Ergänzung des Koexistenzregeln für Gentechnik (Seite 18) ■ **H. Koschyk, T. Strobl, K. Klöckner:** Distanzierung vom Terror durch freiwillige Selbstverpflichtung (Seite 19) ■ **D. Wöhl:** Populistische Energiepreisdebatte soll von Regierungschaos ablenken (Seite 19–20) ■ **M. Eichhorn, M. Noll:** Geschlechtsspezifische Arbeit verbessern (Seite 20–21) ■ **P. Götz:** Kinderbetreuung bleibt Stein des Anstoßes (Seite 21–22) ■ **G. Kaupa, U. Heinen:** Einheitliche Alkopop-Kennzeichnung zum Schutz der Jugend (Seite 22)

► aber mit Wahrhaftigkeit“ Wahlen gewinnen könne. Der klare Erfolg sei vor allem damit zu erklären, dass die Landesregierung den Menschen stets den Nutzen der notwendigen Veränderungen erklärt habe, betonte die Parteivorsitzende. So habe der Wahlkämpfer Peter Müller bereits 1999, auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen, den Ausstieg des Saarlands aus dem Steinkohlebergbau angekündigt. Dabei sei jedoch stets klar gewesen, dass Peter Müller zugleich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze kämpfen werde. Dieser Einsatz habe bis heute zur Entstehung von 40.000 neuen Stellen geführt. Während dieses Umstrukturierungsprozesses hätten die Menschen beobachten können, dass Veränderungen nicht nachteilig sind, sondern positive Signale für die Zukunft setzen.

Die CDU-Vorsitzende sagte weiter, dass es sich die SPD zu einfach mache, wenn sie ihr Wahldebakel allein auf Oskar Lafontaine schiebe. Das Problem sei vielmehr, dass Kanzler Schröder

den Menschen nicht sagen könne, wie Deutschland in zehn Jahren aussehen müsse. Tue er das, würde er kaum überwindbare Konflikte in der eigenen Partei bekommen. Mit unklaren Positionen habe die Bundesregierung Verunsicherung in der Bevölkerung gesät. Die Menschen wüssten überhaupt nicht mehr, „woran sie sich halten sollen“. Dies und das Chaos bei der Umsetzung der Reformen habe letztlich zu den dramatischen Verlusten der Sozialdemokraten geführt.

Zusammen mit Peter Müller wertete die Partei- und Fraktionsvorsitzende den Sieg der Saar-CDU als Rückenwind für die Wahlkämpfer in Sachsen, Brandenburg und bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen. Zugleich bekräftigte sie, dass die Union den einmal beschrittenen Weg für Veränderungen fortsetzen werde. Dabei müssten den Menschen jedoch stets die Perspektiven dieser Politik für mehr Arbeit und nachhaltiges Wachstum vor Augen geführt werden. Eichels

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Haushaltspolitik zeige aber immer wieder, dass Rot-Grün auf Kosten der künftigen Generationen wirtschaftete. Anstatt den Menschen Verlässlichkeit und Vertrauen zu bieten, werde augenscheinlich, dass die Regierung ihre Politik nur auf Sand baue.

Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller freute sich darüber, vom Wähler eine „Vertragsverlängerung für fünf Jahre“ erhalten zu haben. Er erinnerte daran, dass das Saarland früher als eine „uneinnehmbare Trutzburg der Sozialdemokraten“ gegolten habe. Deshalb hätten 1999 viele gesagt, der Wahlerfolg sei nur eine „Eintagsfliege“. Stattdessen habe die CDU auf hohem Ni-



veau noch einmal zugelegt. Der saarländischen SPD bescheinigte Müller „eine dramatische Situation des Verfalls“. Einen Garanten des Erfolges seiner Partei sieht Müller in der engen Verbindung der saarländischen CDU zur christlichen Soziallehre: „Ich

glaube, dass die Frage der sozialen Symmetrie immer eine zentrale Frage in der Union war, immer ist und immer sein muss.“ Das Eintreten für eine soziale Marktwirtschaft gehöre zur Identität der Union und verpflichte dazu, die soziale Balance zu wahren.

L. MEYER: WO DIE CDU REGIERT, GEHT ES DEN MENSCHEN BESSER!

Das Rekord-Ergebnis von der Saar zeigt: Die Bürger trauen der CDU bei den Schlüsselthemen Wirtschaft und Arbeitsplätzen klar mehr zu als der zerstrittenen SPD. Peter Müller und die Saar-Union haben eine exzellente Bilanz bei Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Union steht für effizientes Regieren, für handwerklich saubere Arbeit. All das haben die Wähler in überwältigender Weise gewürdigt, denn die Bürger

wissen: Wo die CDU regiert, da geht es den Menschen besser. Das macht uns sehr optimistisch für die anstehenden Wahlen in Sachsen, in Brandenburg und in Nordrhein-Westfalen. Gratulation an Peter Müller und seine Mannschaft!

Gerade im Saarland zeigt sich aber auch in besonderem Maß die Zerrissenheit der Sozialdemokraten. Das desolatte Ergebnis



der SPD ist die Quittung dafür, dass die Parteiführung sich nicht entscheiden kann, ob sie etwas für das Land tun will oder an Ideologien hängt. Die Wähler wenden sich auch im Saarland von dieser SPD ab – und das völlig zu Recht.

Der Erfolg von Peter Müller beweist: Klarer Kurs auf Wachstum und Arbeitsplätze zahlt sich aus. Der Kanzler kann sich daran ein Beispiel nehmen.

Wahlanalyse

CDU siegreich – SPD stürzt ab

Die CDU ist mit einem Ergebnis von 47,5 % der Stimmen (plus zwei Prozentpunkte) der klare Gewinner der saarländischen Landtagswahl. Mit Ministerpräsident Peter Müller an ihrer Spitze erreicht die Union ihr Wahlziel, die absolute Mehrheit, die sie sogar um ein Mandat ausbauen kann. Das ist das beste Resultat für die Union im Saarland seit 1975.

Die SPD erlitt als einzige Partei Stimmverluste und erreicht nur noch 30,8 Prozent – das drittschlechteste saarländische Ergebnis seit 1947. Die erdrutschartigen Verluste in Höhe von 13,5 Prozentpunkten sind die dritthöchsten in einem westdeutschen Flächenland seit 1945. Von der Schwäche der SPD konnten in erheblichem Maße die „Sonstigen Parteien“ profitieren. Nicht nur die extremistischen Parteien NPD (4,0%; + 2,7 Punkte ggü. dem REP-Ergebnis von 1999 und PDS 2,3 %; + 1,5 Punkte) konnten ihr Ergebnis deutlich steigern, sondern auch die Familienpartei (3,0 % als Listenverbindung mit der ÖDP; + 1,7 Punkte zum Ergebnis von Familienpartei/ÖDP von 1999).

Die Grünen werden drittstärkste Partei und ziehen nach 1994 zum zweiten Mal in den Saarbrücker Landtag ein. 5,6 Prozent der Wähler entschieden sich für die Grünen. Auch die FDP hat den Wiedereinzug in das Landesparlament geschafft. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl konnten die Liberalen ihr Ergebnis verdoppeln und überspringen mit 5,2 Prozent der Stimmen die erforderliche 5-Prozent-Hürde. Im neuen Saarbrücker Landtag ist die CDU mit 27 Sitzen (plus 1) vertreten, die SPD mit 18 (minus 7), Grüne und FDP mit je 3. Die Wahlbeteiligung lag mit 55,5 Prozent (1999: 68,7 %) auf dem niedrigsten Stand bei einer westdeutschen Landtagswahl in der Nachkriegsgeschichte.

Wer wählte wen?

Laut einer Studie von Infratest-Dimap ist die CDU in allen Berufsgruppen, abgesehen von den Arbeitern, stärkste Partei. Am besten schneidet sie bei den Selbstständigen und Beamten ab. Die SPD sichert sich allein bei den traditionell SPD-nahen

Arbeitern, ferner bei den Arbeitslosen den ersten Platz, muss in beiden Gruppen aber auch überdurchschnittliche Einbußen hinnehmen. Von dieser Schwäche konnte wiederum die NPD profitieren, die bei Arbeitern und Arbeitslosen besonders gut abschneidet.

Die Grünen erzielten unter den Berufstätigen bei den Beamten, vor allem aber bei den Angestellten ihre besten Resultate. Noch besser schneiden sie bei den Arbeitslosen sowie den Auszubildenden ab, wo sie auch zulegen. Die Beamten und die Selbstständigen bilden traditionsgemäß einen Schwerpunkt der Liberalen. So auch bei dieser Wahl.

Wer gewann wo?

Mit dieser Landtagswahl ist die CDU mit Abstand stärkste politische Kraft im Saarland geworden. Vor fünf Jahren hatte die Partei bereits in vier der fünf Landkreise die Nase vorn. Diesmal ist sie in allen Landkreisen und auch im Stadtverband Saarbrücken als Sieger aus der Wahl hervorgegangen. Deutlich sind entspre-

chend die Veränderungen auf der Gemeinde-Ebene: 1999 landete die CDU in 30 der 52 saarländischen Gemeinden auf dem ersten Platz, davon in 13 mit einer absoluten Mehrheit. Mit dieser Wahl ist die CDU nunmehr in 49 Gemeinden erstplatziert. CDU-Spitzenreiter sind wie schon bei früheren Wahlen die Gemeinden Tholey (61,8 Prozent), Perl (61,3) und Weiskirchen (60,9) mit Stimmenanteilen von mehr als 60 Prozent. Absolute Mehrheiten erreichte die

Partei darüber hinaus in 19 weiteren Gemeinden.

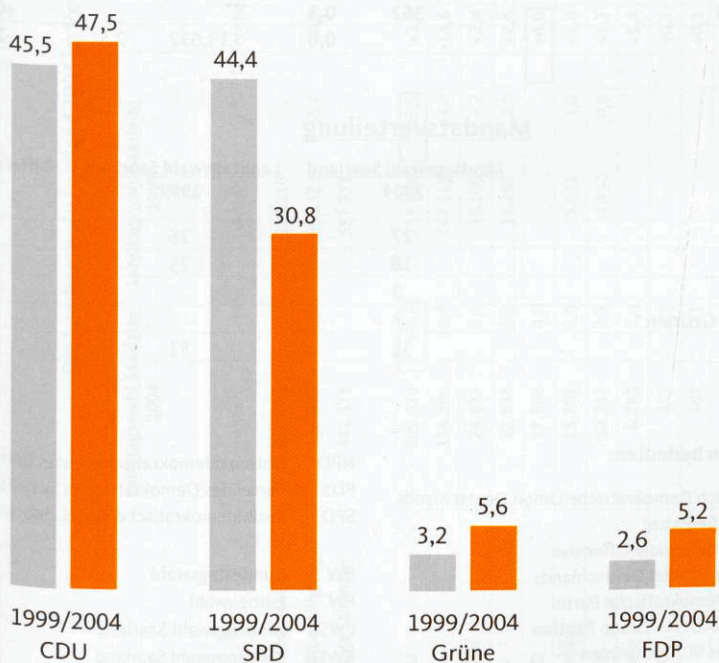
Bundesrat

An der Zusammensetzung des für die Gesetzgebung mit entscheidenden Bundesrates – hier hat die Union eine Mehrheit – ändert sich nichts: Die drei Stimmen des Saarlandes bleiben bei CDU/CSU. Am 19. September werden noch in Sachsen und Brandenburg neue Landtage gewählt, am 26. Septem-

ber sind die Wähler in NRW aufgerufen, die Kommunalparlamente zu wählen.

Dieses Jahr mussten die Sozialdemokraten bereits bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg Ende Februar, bei der Landtagswahl in Thüringen und der Europawahl Mitte Juni sowie mehreren Kommunalwahlen zum Teil erhebliche Verluste hinnehmen. Insgesamt muss die SPD seit der Bundestagswahl 2002 in acht Wahlen hintereinander Stimmenverlusten verkraften.

Wahlergebnisse Landtagswahlen im Saarland 1999/2004



Quelle: Landeswahlleiter, Saarbrücken

Die Landtagswahl Saarland 2004 am 5. 9. 2004

– Vorläufiges amtliches Endergebnis –

	Landtagswahl Saarland 2004		Landtagswahl Saarland 1999		Differenz
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	816.032		822.810		
Wahlbeteiligung	425.805	52,2	565.523	68,7	-16,5
gültige Stimmen	441.571		557.337		
CDU	209.670	47,5	253.856	45,5	+2,0
SPD	136.206	30,8	247.311	44,4	-13,6
Bündnis 90/Die Grünen	24.827	5,6	18.106	3,2	+2,4
FDP	22.838	5,2	14.259	2,6	+2,6
NPD	17.584	4,0			+4,0
Familien-Partei Deutschlands	13.103	3,0	5.623	1,0	+2,0
PDS	10.237	2,3	4.490	0,8	+1,5
Die Grauen - Graue Panther	6.285	1,4			+1,4
Deutsche Soziale Offensive	459	0,1			+0,1
Deutsche Partei	362	0,1			+0,1
Sonstige		0,0	13.692	2,5	-2,5

Mandatsverteilung

	Landtagswahl Saarland 2004	Landtagswahl Saarland 1999	Differenz
CDU	27	26	+1
SPD	18	25	-7
FDP	3		+3
Bündnis 90/Die Grünen	3		+3
Summe	51	51	0

Die Abkürzungen bedeuten:

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DP	Deutsche Partei
DSO	Deutsche Soziale Offensive
Familie	Familien-Partei Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei
Graue	DIE GRAUEN - Graue Panther
Grüne	Bündnis 90/Die Grünen

NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
BW	Bundestagswahl
EW	Europawahl
LWSL	Landtagswahl Saarland
KWSL	Kreistagswahl Saarland

Die Landtagswahl Saarland 2004 im Vergleich zu anderen Wahlen

	Landtagswahl Saarland 2004			Landtagswahl Saarland 1999			Europawahl 2004			Bundestagswahl 2002 (Zweitstimmen)			Kreistagswahl Saarland 2004		
	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	% Diff. LW/EW	Anzahl	% Diff. LW/BW	Anzahl	% Diff. LW/BW	Anzahl	% Diff. LW/KW	
Wahlberechtigte	816.032			822.810			818.800		821.218		842.733				
Wahlbeteiligung	425.805	52,2	-16,5	565.523	68,7		467.966	57,2	657.158	80,0	473.056	56,1	450.486	-3,9	
gültige Stimmen	441.571			557.337			437.009		642.961						
CDU	209.670	47,5	+2,0	253.856	45,5		194.751	44,6	224.842	35,0	211.745	47,0		+0,5	
SPD	136.206	30,8	-13,6	247.311	44,4		131.275	30,0	295.521	46,0	162.421	36,1		-5,3	
Grüne	24.827	5,6	+2,4	18.106	3,2		34.037	7,8	48.602	7,6	26.254	5,8		-0,2	
FDP	22.838	5,2	+2,6	14.259	2,6		19.467	4,5	41.110	6,4	19.399	4,3		+0,9	
NPD	17.584	4,0	+4,0				7.302	1,7	4.449	0,7	5.452	1,2		+2,8	
Familie	13.103	3,0	+2,0	5.623	1,0		11.119	2,5	7.225	1,1	3.901	0,9		+2,1	
PDS	10.237	2,3	+1,5	4.490	0,8		8.807	2,0	9.000	1,4	8.509	1,9		+0,4	
Graue	6.285	1,4	+1,4					+1,4						+1,4	
DSO	459	0,1	+0,1					+0,1						+0,1	
DP	362	0,1	+0,1					+0,1						+0,1	
Sonstige		0,0	-2,5	13.692	2,5		30.251	6,9	12.212	1,9	12.805	2,8		-2,8	

Die Ergebnisse der Landtagswahlen im Saarland seit 1947

Jahr	Wahlbet	SPD	CDU	Grüne	FDP/ DPS	SVP/ CVP	SPS	Sonst ¹⁾
1947	95,7	-	-	-	7,6	51,2	32,8	8,4
1952	93,1	-	-	-	-	54,7	32,4	12,8
1955	90,4	14,3	25,4	-	24,2	21,8	5,8	8,4
1960	79,1	30,0	36,6	-	13,8	11,4	-	8,2
1965	81,8	40,7	42,7	-	8,3	5,2	-	3,1
1970	83,1	40,8	47,8	-	4,4	0,9	-	6,1
1975	88,8	41,8	49,1	-	7,4	-	-	1,7
1980	85,0	45,4	44,0	2,9	6,9	-	-	0,8
1985	85,0	49,2	37,3	2,5	10,0	-	-	1,0
1990	83,2	54,4	33,4	2,6	5,6	-	-	3,9
1994	83,5	49,4	38,6	5,5	2,1	-	-	4,4
1999	68,7	44,4	45,5	3,2	2,6	-	-	4,3
2004	55,5	30,8	47,5	5,6	5,2	-	-	10,9
Diff.	-13,2	-13,6	+1,9	+2,4	+2,6	-	-	+6,6

DPS Demokratische Partei der Saar
 CVP Christliche Volkspartei des Saarlandes
 SVP Saarländische Volkspartei
 SPS Sozialdemokratische Partei Saar

Sitzverteilung im Saarländischen Landtag seit 1947

Jahr	Sitze	SPD	CDU	Grüne	FDP/ DPS	SVP/ CVP	SPS	Sonst ¹⁾
1947	50	-	-	-	3	28	17	2
1952	50	-	-	-	-	29	17	4
1955	50	7	14	-	13	12	2	2
1960	50	16	19	-	7	6	-	2
1965	50	21	23	-	4	2	-	-
1970	50	23	27	-	-	-	-	-
1975	50	22	25	-	3	-	-	-
1980	51	24	23	-	4	-	-	-
1985	51	26	20	-	5	-	-	-
1990	51	30	18	-	3	-	-	-
1994	51	27	21	3	-	-	-	-
1999	51	25	26	-	-	-	-	-
2004	51	18	27	3	3	-	-	-
Diff.		-7	+1	+3	+3	-	-	-

1) 1947: KP = 2; 1952: KP = 4; 1955: KP = 2; 1960: DDU = 2

Landtagswahl Saarland 2004

Ergebnisse nach Wahlkreisen

	Wahlbet.	CDU	SPD	Grüne	FDP	NPD	Familie	PDS	Graue
Neunkirchen (3)									
LWSL04	57,1	48,6	30,8	4,9	4,6	3,9	3,7	2,0	1,3
LWSL99	70,1	46,1	44,0	3,0	2,2	0,0	1,4	0,8	0,0
Differenz	-13,0	+2,5	-13,2	+1,9	+2,4	+3,9	+2,3	+1,2	+1,3
EW04	59,1	45,9	30,4	7,0	4,1	1,2	3,1	1,7	0,0
BW02	81,4	36,0	46,1	6,6	6,1	0,6	1,5	1,3	0,0
KWSL04	58,4	49,2	36,5	5,3	3,8	0,0	2,2	1,2	0,0
Saarbrücken (1)									
LWSL04	53,7	43,6	30,9	7,2	5,6	4,9	2,5	3,0	1,7
LWSL99	65,9	42,7	45,6	4,1	3,5	0,0	0,9	1,1	0,0
Differenz	-12,2	+0,9	-14,7	+3,1	+2,1	+4,9	+1,6	+1,9	+1,7
EW04	51,6	40,4	29,3	10,1	5,1	2,9	2,3	2,7	0,0
BW02	77,6	31,9	46,5	9,5	6,5	0,8	1,0	1,8	0,0
KWSL04	50,0	42,6	34,3	7,2	5,2	4,2	0,0	3,2	0,0
Saarlouis (2)									
LWSL04	55,4	50,0	30,9	4,9	5,5	3,0	2,5	2,0	1,3
LWSL99	70,1	47,7	43,7	2,8	2,1	0,0	0,5	0,5	0,0
Differenz	-14,7	+2,3	-12,8	+2,1	+3,4	+3,0	+2,0	+1,5	+1,3
EW04	60,6	46,8	30,3	6,6	4,4	1,2	2,1	1,7	0,0
BW02	80,8	36,9	45,2	6,8	6,6	0,7	0,8	1,2	0,0
KWSL04	59,9	48,3	37,1	5,2	4,0	0,0	0,0	1,5	0,0

CDU

Bundesgeschäftsstelle
Pressestelle

Landtagswahl Saarland 2004

Vorläufig gewählte Abgeordnete

Name / Adresse:	Partei:	Wahlgebiet:	Listenplatz:
Bachmann, Monika	CDU	Wahlkreis Saarlouis	2
Becker, Günter	CDU	Wahlkreis Neunkirchen	6
Funk, Alexander	CDU	Saarland	3
Hans, Peter	CDU	Wahlkreis Neunkirchen	1
Heimes, Anke	CDU	Wahlkreis Neunkirchen	10
Heinrich, Günter	CDU	Wahlkreis Saarlouis	5
Hennrich, Sabine	CDU	Wahlkreis Saarbrücken	6
Jacoby, Peter	CDU	Wahlkreis Saarbrücken	1
Jungmann, Georg Alfred	CDU	Wahlkreis Saarlouis	3
Karren, Martin	CDU	Wahlkreis Saarbrücken	4
Kramp-Karrenbauer, Annegret	CDU	Saarland	2
Kuhn-Theis, Helma	CDU	Wahlkreis Saarlouis	4
Kütten, Edmund	CDU	Wahlkreis Saarlouis	7
Ley, Hans	CDU	Wahlkreis Neunkirchen	2
Meiser, Klaus Alois	CDU	Wahlkreis Saarbrücken	2
Müller, Peter	CDU	Saarland	1
Rauber, Karl Ewald	CDU	Wahlkreis Neunkirchen	5
Rink, Gisela	CDU	Wahlkreis Saarbrücken	3
Roth, Klaus	CDU	Wahlkreis Neunkirchen	9
Schäfer, Gabriele Klara	CDU	Wahlkreis Neunkirchen	7
Scharf, Hermann	CDU	Wahlkreis Neunkirchen	8
Schmitt, Thomas Johannes	CDU	Wahlkreis Saarlouis	6
Schreier, Jürgen	CDU	Wahlkreis Saarlouis	1
Toscani, Stephan	CDU	Wahlkreis Neunkirchen	3
Vogtel, Alfons	CDU	Wahlkreis Neunkirchen	4
Wagner, Anja	CDU	Wahlkreis Saarbrücken	7
Wegner, Bernd	CDU	Wahlkreis Saarbrücken	5
Baldauf, Manfred	FDP	Saarland	2
Hartmann, Christoph Georg	FDP	Saarland	1
Jochem, Karl-Josef	FDP	Saarland	3
Spaniol, Barbara	GRÜNE	Wahlkreis Neunkirchen	1
Ulrich, Hubert	GRÜNE	Saarland	1
Willger-Lambert, Claudia	GRÜNE	Wahlkreis Saarbrücken	1
Braun, Reiner	SPD	Saarland	3
Commercon, Ulrich	SPD	Wahlkreis Saarbrücken	2
Gillo, Peter	SPD	Wahlkreis Saarbrücken	5
Henz, Roland	SPD	Wahlkreis Saarlouis	3
Hoffmann-Bethscheider, Cornelia	SPD	Saarland	2
Kolb, Gisela	SPD	Wahlkreis Neunkirchen	4
Lang, Armin	SPD	Wahlkreis Neunkirchen	3
Lawall, Karin	SPD	Wahlkreis Saarbrücken	1
Maas, Heiko Josef	SPD	Saarland	1
Möller, Heidrun	SPD	Wahlkreis Neunkirchen	2
Pauluhn, Stefan	SPD	Wahlkreis Neunkirchen	5
Rehlinger, Anke	SPD	Wahlkreis Saarlouis	4
Ries, Isolde	SPD	Wahlkreis Saarbrücken	3
Roth, Eugen	SPD	Wahlkreis Neunkirchen	1
Scherer, Petra	SPD	Wahlkreis Saarlouis	2
Schmidt, Volker	SPD	Wahlkreis Saarbrücken	4
Stritter, Hans-Georg	SPD	Wahlkreis Saarlouis	1
Waluga, Günter	SPD	Wahlkreis Neunkirchen	6

Angela Merkel:

Die politische Lage in Deutschland

Die Union startet in die zweite Hälfte der Legislaturperiode mit einem großen Erfolg bei den Landtagswahlen im Saarland.

Sie kann von einem guten Ergebnis aus sogar noch weiter zulegen und in einem Vier-Parteien-Parlament die absolute Mehrheit ausbauen. Das zeigt: Verlässlichkeit, Mut und Kompetenz, für die gerade der saarländische Ministerpräsident Peter Müller steht, sind es, die Vertrauen der Wähler begründen und festigen.

Die Haushaltswoche hat das Versagen der Bundesregierung in den zentralen Feldern Beschäftigung, Wachstum, soziale Sicherheit und öffentliche Finanzen wieder verdeutlicht. Insbesondere kam zum Ausdruck, welche gefährlichen Folgen der Reformstillstand der Bundesregierung für unser Land hat. Gerade jetzt darf nicht auf halber Strecke stehen geblieben werden, wenn die notwendigen Reformen auch Erfolge bringen sollen.

Die Tatsache, dass der von der Weltwirtschaft gezogene Export zwar gut läuft, der Binnenkonsum und die Inlandsinvestitionen aber schwach bleiben, sind



ein klarer Ausdruck der anhaltenden Verunsicherung über den politischen Kurs der Bundesregierung. Es ist ein Skandal, was diese Regierung zu verantworten hat: Die Arbeitslosigkeit steigt selbst bei Wachstumsraten von knapp zwei Prozent auf neue Rekordzahlen, die Beschäftigung sinkt weiter und die Schulden nehmen weiter zu. Die Bundesregierung hat Deutschlands Stärken quasi nutzlos werden lassen. Das muss sich ändern.

Deshalb passt es nur zu gut ins Bild, dass auch der Haushaltsentwurf 2005 inakzeptabel ist. Deutschland muss aus dem Kreislauf von binnenwirtschaftlicher Schwäche und Haushaltsdefiziten herauskommen. Dies kann nur mit einer Neuordnung des Reformstückwerks in der zweiten Hälfte der Le-

gislaturperiode und einem Konzept mit Richtung und Ziel gelingen.

Für die weiteren Debatten um die Hartz-Gesetze ist es entscheidend, dass nicht nur das Fordern, sondern auch das Fördern in den Mittelpunkt der Politik rückt. Niemand will möglichst lange auf möglichst hohem Niveau als Arbeitsloser staatlich alimentiert werden. Die Menschen wollen, wenn man ihre Leistungen kürzt, endlich wieder eine faire Chance auf einen Arbeitsplatz; darum hat es zu gehen! Nicht die handwerklichen und kommunikativen Fehler, sondern die anhaltende Beschäftigungskrise ist der Kern des Versagens der Bundesregierung!

Die Regierung hat auf ihren Kabinettsklausuren Neuhardenberg II und Bonn für den weiteren Kurs 2004/2005 Stillstand angekündigt. Eine halbwegs akzeptable handwerkliche Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen gilt bei Schröder als strategische Reformpolitik. Vorwärts geht es jedenfalls nicht mehr, dafür fehlt erkennbar die Kraft:

Ein genauer Blick zeigt die vernichtende Bilanz von Rot-Grün:

Die Innovationsinitiative der Bundesregierung hat sich nach nur sechs Monaten erschöpft. Selten haben medialer Aufwand und tatsächlicher Ertrag in einem derart krassen Missverhältnis gestanden. Die Bildungsministerin macht große Sprüche und verfassungswidrige Gesetze.

An der Steuerfront ist nur noch Lustlosigkeit zu beobachten. Die Steueramnestie entpuppt sich als Reinfall, bei der Reform der Kapitaler-

träge, der Unternehmensbesteuerung und der Kommunalfinanzengilt: Still ruht der See.

Bei den Sozialversicherungen wird ein Minimalprogramm absolviert und im Übrigen mit der Bürgerversicherung der Kurswechsel zurück zur Staatsgläubigkeit vorbereitet. Der Vorschlag für einen Strafzuschlag für Kinderlose bei der Pflege ohne jede Entlastung für Erziehende ist ein Missbrauch des Verfassungsgerichtsur-

teils. Er dient ausschließlich dazu, das strukturelle Defizit bis nach den Wahlen 2006 zu vertuschen.

Hinsichtlich der dringenden weiteren Arbeitsmarktreformen geht bei Rot-Grün gegen den vermuteten oder offen ausgesprochenen Willen der Gewerkschaften gar nichts mehr.

Stillstand statt Wohlstand – das ist die Bilanz nach sechs Jahren Rot-Grün und zur Halbzeit dieser Legislaturperiode.

IRAKS STAATSPRÄSIDENT TRIFFT DIE CDU-VORSITZENDE

Zum Auftakt seines ersten offiziellen Besuchs in Deutschland ist der irakische Übergangspräsident Ghasi al-Yawar von der CDU-Vorsitzenden, Angela Merkel, empfangen worden.



Im Mittelpunkt des 45-minütigen Gesprächs stand die aktuelle Lage im Irak. Dabei hob der irakische Übergangspräsident die insgesamt positive Entwicklung seines Landes hervor. Mit Blick auf die Berichterstattung in den Medien wies Ghasi al-Yawar darauf hin, dass die Fokus-

sierung auf Negativmeldungen nicht das ganze Bild des heutigen Irak widerspiegeln. Über die Erfolge des Wiederaufbaus würde viel zu wenig berichtet.

Ausdrücklich bedankte sich der irakische Übergangspräsident für die bislang geleistete Aufbauhilfe. Insbesondere Deutschland

hat in den Vereinigten Arabischen Emiraten bereits mit der Ausbildung von irakischen Polizeikräften begonnen. Außerdem hat sich die Bundesrepublik nach Angaben aus Regierungskreisen

zu Schuldenstreichungen und zur Ausbildung irakischer Soldaten außerhalb des Iraks bereit erklärt.

Begleitet wurde die Partei- und Fraktionsvorsitzende von ihrem ersten Stellvertreter Michael Glos sowie von den Außenpolitikern Ruprecht Polenz MdB und Friedbert Pflüger MdB.

„Ministerpräsident des Jahres“

Diese Auszeichnung erhielt in diesem Jahr der sächsische Ministerpräsident und Spitzenkandidat der Sächsischen Union für die Landtagswahl, Georg Milbradt, für die ökonomischen Fortschritte des Freistaates Sachsen in den Jahren 2001 bis 2003 von der „Initiative

Neue Soziale Marktwirtschaft“ und der Zeitschrift „Wirtschaftswoche.“

In seiner Laudatio betonte der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth die Einsatzbereitschaft der Sachsen. Ob es sich um die Rekonstruktion der Dresdner Frauenkirche oder um die Wiederaufbauanstrengungen nach der Flutkatastrophe vor zwei Jahren handele, die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats hätten gezeigt, dass sie sich große Ziele steckten und diese mit noch größerem Ehrgeiz verfolgten.

Insbesondere lobte Späth die sächsische Landesregierung für ihre „innovative und erfolgreiche“ Politik. So habe der Bundesländer-Vergleich ergeben, dass der Freistaat in den letzten beiden Jahren den geringsten Anstieg der Arbeitslosenquote, das stärkste Wirtschaftswachstum aller



Bundesländer und den niedrigsten Zuwachs bei der Pro-Kopf-Verschuldung aufweise. Außerdem habe Sachsen ungeachtet der schwierigen Haushaltslage die öffentlichen Investitionen weiter erhöhen können. Insgesamt lautete Späths Fazit: „Der Freistaat investiert, verbessert sein Bildungssystem und erntet dafür die Erfolge.“

Auch CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer gratulierte Milbradt zu seiner Auszeichnung. Mit seiner mutigen Reformpolitik und seinem Willen zu praxisnahen Lösungen habe der sächsische Ministerpräsident entscheidend dazu beigetragen, dass Sachsen im Bundesländer-Ranking in diesem Jahr auf Platz eins stehe. Es habe sich ausgezahlt, dass Sachsen in der Arbeitsmarktpolitik, bei der Bildung sowie in der Finanz- und Wirtschafts-

politik eigene Wege gegangen sei.

Ministerpräsident Georg Milbradt dankte in seiner Rede vor allem den Menschen in seinem Freistaat: „Sie alle haben die Auszeichnung an diesem Tag möglich gemacht und verdient. Dieser Preis bestätigt unseren Kurs.

Wir wollen der modernere Teil Deutschlands werden.“ Die „Leistungsbereitschaft der Sachsen“ sei der beste Zukunftsmotor. Allerdings reiche es für die neuen Länder nicht aus, nur die westdeutschen Modelle zu kopieren. Der Osten brauche neue Ansätze, insbesondere „mehr Freiheiten und weniger Einheitskonzepte“. Das gelte vor allem bei der Arbeitsmarktpolitik. Dabei plädierte Milbradt erneut für Lohnergänzungsleistungen. Es sei besser, die Löhne zu subventionieren, als die Menschen mit Lohnersatz abzuspeisen.

Milbradt, dessen Sächsische Union bei der Landtagswahl am 19. September erneut die absolute Mehrheit gewinnen will, ist nach Peter Müller aus dem Saarland der zweite Ministerpräsident, der diese Auszeichnung erhält.

THÜRINGEN

Verzicht auf Diätenanhebung

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag hat die Abgeordneten zu einem Verzicht auf die Anhebung ihrer Diäten für die nächsten zwei Jahre aufgefordert. Die Fraktionsvorsitzende Christine Lieberknecht sagte, die Parlamentarier wollten die kommende Wegstrecke gemeinsam mit den Bürgern gehen und sich bei Abstrichen nicht ausnehmen. Die derzeit in Thüringen anstehenden Reformen seien ohne Vergleich in der Geschichte des Freistaats.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wahlprogramm vorgestellt

Die schleswig-holsteinische CDU will im Fall eines Siegs bei den Landtagswahlen Anfang 2005 die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Regierungsarbeit stellen. „Jedes Regierungshandeln muss zunächst unter dem Aspekt der Wirkungen auf Beschäftigung und Wachstum gewichtet werden“, sagte Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen bei der Vorstellung des Wahlprogramms. Außerdem soll im Norden mehr für die Bildung getan und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Außerdem will die CDU sich für eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements einsetzen. Carstensen kündigte an, dass die CDU die Investitionsbedingungen im Land verbessern werde. So solle der Autobahnbau vorangetrieben werden. Außerdem sollen Firmengründer innerhalb von acht Wochen eine Ansiedlungsgenehmigung bekommen.

Weiterer Schwerpunkt wird die Sanierung der Landesfinanzen sein. „Wir werden die Neuverschuldung von Jahr zu Jahr senken“,



kündigte der Vorsitzende der Programmkommission, Johann Wadehul, an.

SACHSEN-ANHALT

Webel als Parteichef vorgeschlagen

Der CDU-Landesvorstand Sachsen-Anhalt hat Thomas Webel als neuen Landesvorsitzenden vorgeschlagen.

Das Gremium benannte den bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden und Landrat einstimmig für die Nachfolge von Wolfgang Böhmer. Der Ministerpräsident gibt die Führung der Partei auf dem Landesparteitag am 13. November in Staßfurt auf eigenen Wunsch ab, bleibt aber Regierungschef. Webel ist Diplomingenieur, war zu DDR-Zeiten in der Bauernpartei und ist seit 1990 CDU-Mitglied. Seit 1991 arbeitet er als Landrat und war zeitweise parallel auch Landtagsabgeordneter.



BREMEN

Gloystein zum Senator gewählt

Der frühere Bankmanager Peter Gloystein ist von der Bremer Bürgerschaft zum neuen Wirtschafts- und Kultursenator gewählt worden.

Gloystein tritt die Nachfolge von Hartmut Perschau an, der Mitte Juli aus gesundheitlichen Gründen von seinen Ämtern zurückgetreten war. Zugleich wählte der Senat Gloystein zum Stellvertreter von Bürgermeister Henning Scherf, der Bremen an der Spitze der SPD-CDU-Koalition regiert.

Beim anschließenden Empfang im Rathaus bedankte sich Scherf bei Perschau für die neunjährige Zusammenarbeit im Senat. „Wir haben in dieser Zeit für Bremen den Imagewandel geschafft“, sagte Scherf. Gloystein begrüßte er mit den Worten: „Wir werden uns mit Ihnen schmücken können.“



Hans-Gert Pöttering:

Beitrag zu mehr Demokratie

Die EVP-ED-Fraktion will, bevor sie der neuen Kommission ihre Zustimmung gibt, mit dieser eine Vereinbarung treffen, die eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Kommission und mehr Transparenz zum Ziel hat. Während der ersten Fraktionsitzung nach der Sommerpause hat die Fraktion auf Vorschlag ihres Vorsitzenden, Hans-Gert Pöttering, beschlossen, dass eine solche Vereinbarung folgende Punkte umfassen sollte:

- Erarbeitung eines politisch-strategischen Arbeitsprogramms der Kommission in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament.
- Die Präsenz der Kommission im Plenum und in den Ausschüssen des Parlaments muss für die Kommissionsmitglieder Priorität gegenüber allen anderen Terminen haben.
- Bei Ausschüssen einzelner Kommissare während der Mandatszeit der Kommission darf das nachfolgende Kommissionsmitglied seine Arbeit erst nach Anhörung im Europäischen Parlament aufnehmen.
- Die Kommission soll Elemente der Verfassung, insbesondere die Um-



Hans-Gert Pöttering

setzung des Subsidiaritätsprinzips, bereits vor der Ratifizierung anwenden.

- Bei der Umsetzung der europäischen Gesetzgebung soll die Kommission auch Verwaltungsaufwand und Kosten der Umsetzung berücksichtigen mit dem Ziel einer größeren Deregulierung und Transparenz.
- Die Kommissare müssen die volle politische Verantwortung für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich übernehmen. Sie werden auf Beamtenebene durch die Generaldirektoren unterrichtet, tragen aber selbst die politische Verantwortung für ihren Aufgabenbereich.
- Verabschiedung eines Verhaltenskodex für die Ernennung hoher Beamter, um mehr Transparenz bei den Ernennungen zu errei-

chen.

- Die neue Kommission soll einen Überblick über die Ergebnisse der Verwaltungsreform in der Kommission geben.
- Die Kommission soll sich zu einem besseren Verfahren der Information des Parlaments in der Gesetzgebung sowie über internationale Abkommen im Stadium der Verhandlungen verpflichten.
- Systematische und umgehende Information der nationalen Parlamente über neue Gesetzesvorlagen.

Hans-Gert Pöttering betonte den "Doppelcharakter" der Beziehungen des Europäischen Parlaments zur Kommission. Einerseits seien Kommission und Parlament Verbündete, weil sie gemeinsam das Gemeinschafts-europa verteidigen. Andererseits müsse das Europäische Parlament die Kommission kontrollieren, diese sei daher der parlamentarischen Kontrolle des Parlaments unterworfen.

"Wir sind für eine handlungsfähige, demokratische und transparente Europäische Union – gleichzeitig treten wir ein für weniger Bürokratie, Deregulierung und ein Europa der Bürger", erklärte Hans-Gert Pöttering.

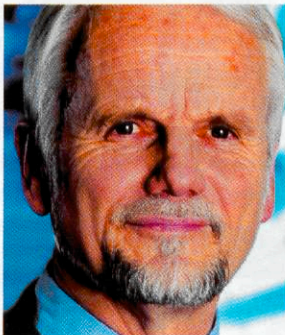
Sicherheitspolitik:

Atombomben: Das Spiel mit dem Feuer geht weiter

Seit dem 11. September 2001 Terroristen Flugzeuge in die Twin-Tower des World Trade Centers lenkten, ist das Unvorstellbare Wirklichkeit geworden. Von diesem Tag an geht auch die Angst um, dass sich Terroristen Atomwaffen beschaffen und die Welt mit einem Nuklearangriff in Schutt und Asche legen könnten.

Welch' ein Aufatmen ging um die Welt, als Libyen vor gut einem Jahr erklärte, sein Atomwaffenprogramm aufzugeben. Zu Anfang dieses Jahres unterzeichnete der Wüstenstaat das Zusatzprotokoll zum Atomwaffen-sperrevertrag, das Chemiewaffenübereinkommen und das Abkommen über ein Verbot von Kernwaffenversuchen. Was folgte, war Erleichterung bei Militärexperten, ein neues Sicherheitsgefühl in den Nachbarstaaten und ein Lob der IAEO, die seit über 40 Jahren die Kontrolle der Atomenergie weltweit durchführt.

Doch erschrocken waren die Waffeninspektoren beim Besuch des Lichtwasser-Kernforschungsreaktors in Tajura sowie bei der Durchsicht von



Wolfgang Börnisen

tausenden von Papieren nicht nur über den relativ weiten Entwicklungsstand von Libyens Atombombe, sondern dass dieser Staat offensichtlich auf dem Schwarzmarkt zu Zentrifugen, Fachwissen, Baugruppen und anderen nuklearen Komponenten gekommen war.

Libyen hatte in den siebziger Jahren bereits versucht, in China Atomwaffenteile zu kaufen. Die Absicht fand das Licht der Öffentlichkeit. Dem Staat blieb 1975 als Ausweg nur der Beitritt zum Atomwaffen-sperrevertrag. Jedoch ohne Skrupel, dies zeigen die aktuellen Dokumente, nahm man gleichzeitig Verhandlungen mit Atomwaffenfachleuten wie dem pakistanischen Wissenschaftler Dr.

Khan auf und ordnete an, dass hunderte Studenten des Landes im Ausland Kernwissenschaften zu studieren hätten. Daneben, unbeachtet von der Weltöffentlichkeit, holte man sich Atomforscher und Kernenergie-Fachleute ins Land. Mit der Vertragsunterzeichnung hatte man die Weltöffentlichkeit ruhig gestellt und konnte jetzt zügig ein eigenes Konzept für eine eigene Bombe entwickeln.

Finanzhilfen und Fachwissen

Pakistan gewährte Finanzhilfe und Fachwissen. Russland und China lehnten nukleare Unterstützung ab, die drei anderen Atomstaaten USA, Frankreich und England hatte man wohlweislich gar nicht erst gefragt. Was blieb, um doch das ehrgeizige Ziel zu erreichen, auf Umwegen – und besonders über den Schwarzmarkt – an Bombenmaterial heranzukommen.

Nach Aussage von Pierre Claude Nolin, dem Generalberichterstatter auf der Par-

lamentarischen Versammlung der NATO in Bratislava, bestellte Libyen Bauteile für seine Atomwaffen bei Firmen in Malaysia, aber auch Unternehmen in Japan und Deutschland waren involviert.

Mit dem bedrohlichen anwachsenden Terrorismus, wie gerade das schreckliche Beispiel in Beslan zeigt, bekommt der illegale nukleare Markt eine neue noch größere Bedeutung. Zwar wird die Verbreitung von Staat zu Staat kontrolliert und hier hat die IAEA besonders Pakistan, den Iran und Nordkorea unter die Lupe genommen, doch haben gerade diese Staaten ein Netzwerk von Personen und Privatunternehmen geschaffen, das ihnen nukleare Ausrüstung sichert und das notwendige Know-how beschafft.

Schwarzmarkt

Hinzu kommt der Tatbestand von gestohlenem radioaktiven Materials bei den Abrüstungsmaßnahmen der neuen unabhängigen Staaten in Osteuropa. Weißrussland, Kasachstan und die Ukraine vernichteten zwar einseitig alle ihre Atomwaffen, die sie von der Sowjetunion übernommen hatten, doch nicht jeder Abrüs-

tungsschritt hat kontrolliert werden können. Der jetzt entdeckte Schwarzmarkt besteht aus dem Handel mit Teilen und Komponenten, die sowohl für zivile wie militärische Atom- bzw. Kernenergieanlagen einsetzbar sind. Besonders hoch im Preis sind Anreicherungskomponenten, weil die Interessenten für Atomwaffen selber hoch angereichertes Uran produzieren wollen, um nicht abhängig zu werden von illegalen Quellen.

Im Fall Libyen berichtete die Kontrolleure, dass die libysche Regierung Dr. Khan 50 Mio. US-Dollar für Blaupausen, Material und Komponenten für den Bau einer Uran-Anreicherungsanlage gezahlt hat. Informationen und Fachwissen für den Bau einer Atomwaffe sind rund um den Globus durch die Globalisierung noch zugänglicher geworden. Und im Gegensatz zur Zeit des „Kalten Krieges“ sind offensichtlich nicht nur Staaten an dieser „Bombe des Schreckens“ interessiert, sondern auch internationale terroristische Vereinigungen wie mein fachkundiger kanadischer Kollege Pierre Claude Nolin berichtet hat.

Um vor diesem Hintergrund zu mehr Sicherheit für unsere Erde zu kommen, haben die Regierung von Präsi-

dent George Bush wie vom Vorsitzenden der Kontrollbehörde, Dr. Mohamed El Baradei, konkrete Vorschläge vorgelegt, die zu einer verschärften Durchsetzung der Nichtverbreitung von Atommaterial und Möglichkeiten führen sollen. Beide Initiativen gehen von einer „tiefen Sorge“ um die Weltsicherheit aus, wenn es nicht zu einem Ende des Atom-Schwarzmarktes kommt.

Nicht-Verbreitungspläne

Während Präsident Bush rigoros den Handel unterbinden will, die fünf Atommächte USA, Russland, China, Frankreich und England jedoch von Sanktionen weitgehend ausspart, setzt Dr. El Baradei auf mehr Macht für die Atomkontroll-Behörde und, wie er auf seiner Rede am 2. November 2003 vor der UN-Generalversammlung zu verstehen gab, auch auf Anreize für die fünf Kernwaffenstaaten, ihre Waffenarsenale abzubauen.

Doch das Spiel mit dem Feuer geht weiter. Nicht energisch genug werden die vorliegenden Pläne von Präsident Bush und Dr. El Baradei verfolgt. Die Nichtverbreitung von Bauelementen und Wissen für das Schaffen

einer Atombombe ist bisher nicht unterbunden worden. 188 Staaten haben 1968 den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, doch viele von ihnen scheinen sich damit ihrer weiteren Verantwortung für die Sicherheit auf unserer Erde zu entziehen. Atomwaffen sind wohl das wirkungsvollste Mittel zur Zerstörung, die der Mensch je geschaffen hat. Atom- und Nuklearwaffen sind tatsächliche „Massenvernichtungswaffen“.

Forderung

Verantwortliche Politik darf sich bei dieser Problematik nicht auf Appelle beschränken. Sie muss, das gilt auch für die Bundesregierung, auf internationales Handeln drängen. Bei den Treffen der G7/G8-Staaten sollte diese Thematik unverzüglich Eingang finden, denn Nuklearwaffen in den Händen des internationalen Terrorismus wären eine fürchterliche und unberechenbare Bedrohung.

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) ist CDU-Bundestagsabgeordneter aus Schleswig-Holstein, Vorsitzender des Küstenkreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO.

Wichtige Ergänzung der Koexistenzregeln für Gentechnik

Erklärung zur erstmaligen Festlegung von Schwellenwerten für Saatgut durch die EU-Kommission:

Die Festlegung eines 0,3 %-Grenzwertes für Raps- und Maissaatgut durch die EU-Kommission ist ein erster wichtiger Schritt zur Vollständigkeit der Koexistenzregeln. Ohne eine solche eindeutige Obergrenze für unbeabsichtigte Anteile von gentechnisch verbessertem Saatgut sind weder Feldversuche in der Wissenschaft, noch eine geregelte Anwendung in der landwirtschaftlichen Praxis möglich.

Die Kommission hat damit ihre Absicht, zu einem tatsächlichen, pragmatischen Nebeneinander unterschiedlicher landwirtschaftlicher Anbauformen zu kommen, weiter umgesetzt.

Nachdem dieser niedrige, sehr anspruchsvolle Schwellenwert von 0,3 % für fremd befruchtende Pflanzenarten mit Pollenflug vereinbart ist, muss nun in einem zweiten Schritt ein Wert für selbstbefruchtende Pflanzen festgeschrieben werden. Dazu hatte die Kommission bereits April 2004 einen Vorschlag von 0,5 % un-



Helmut Heiderich

terbreitet. Für Pflanzen mit vegetativer Vermehrung sollte ein Wert von 0,7 % ausreichend sein, da es dort bei Wachstum und Ernte nicht zu einer Auskreuzung und kaum zu einer Vermischung kommen kann.

Insgesamt ist es wichtig, auch diese Werte bald möglichst umzusetzen, um sicherere Grundlagen für die Saatgutherstellung in Europa zu haben.

Ein Grenzwert an der Nachweisgrenze oder eine Null-Toleranz, wie von Gentechnikgegnern gefordert, würde dagegen Europa im internationalen Wettbewerb deutlich benachteiligen, dazu erhebliche, zusätzliche Kosten verursachen und weder dem Verbraucher noch der Landwirtschaft irgendeine Verbesserung bringen.

Helmut Heiderich ist der Bio- und Gentechnik-Beauftragte der Bundestagsfraktion.

Distanzierung vom Terror durch freiwillige Selbstverpflichtungen

Stellungnahme zu Forderungen, Muslime sollten sich von Terror distanzieren:

Wir begrüßen den Aufruf an alle friedlichen Muslime in unserem Land, sich klar vom Terrorismus zu distanzieren. Eine Abgrenzung von muslimischen Terroristen liegt sowohl im Interesse unserer muslimischen Mitbürger als auch im Interesse aller Deutschen.

Wir sind aber der Auffassung, dass es für eine solche Abgrenzung nicht nur den Weg einer öffentlichen Distanzierungsgebensollte. Nach unserer Auffassung muss auch die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und den muslimischen Organisationen verbessert und institutionalisiert werden. Muslimische Organisationen und Moscheen sollten sich freiwillig selbst verpflichten, die Sicherheitsbehörden beim Kampf gegen islamistische Aktivitäten zu unterstützen und etwaige Umtriebe in den eigenen Reihen zu melden. Solche freiwilligen Selbstverpflichtungen dienen nicht nur den Zielen der Strafverfolgung und Prävention, son-



Hartmut Koschyk



Thomas Strobl



Kristina Köhler

dern sie beförderten darüber hinaus auch die Diskussionen der Muslime untereinander über das Verhältnis zu unserer Verfassung und zum islamistischen Terrorismus. Dies wäre ein wichtiger Beitrag dazu, Transparenz und Vertrauen zwischen den Zuwanderern muslimischen Glaubens und der vorwiegend christlichen deutschen Bevölkerung zu schaffen.

Wir werden dieses Ziel weiter aktiv verfolgen. Am 20. September wird der Innenausschuss auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine öffentliche Anhörung zu dem Gesamthema „Islamistische Einflüsse auf die Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf Integration und Sicherheit“ durchführen.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Fraktionssprecher, **Thomas Strobl** der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuss und **Kristina Köhler** die zuständige Berichterstatterin.

Populistische Energiepreisdebatte soll von Regierungschaos ablenken

Stellungnahme zur Haltung der Bundesregierung in der aktuellen Debatte zum Thema Energiepreise:

Es ist schon erstaunlich, wenn gerade der Bundesumweltminister die aktuelle Energiepreisdebatte ausnutzt, um den Stromkonzernen allein die Schuld an den hohen Preisen in die Schuhe zu schieben. In geradezu schamloser Art und Weise sucht er hierbei zu verschleiern, dass die Verbraucher den Preisanstieg der vergangenen Jahre zu einem Großteil der Energiepolitik aus seinem Haus verdanken.

Dies verdeutlicht ein Blick auf die Preisentwicklung der vergangenen sechs Jahre: Dass die Stromkosten eines Dreipersonenhaushalts heute – nach einem Tiefstand von knapp 41 Euro im Jahr 2000 – mit rund 52



Dagmar Wöhrl

Euro wieder um zwei Euro höher liegen als 1998, liegt in erster Linie an den politischen Sonderlasten. Sie machen nach sechs Jahren grüner Politik über 40 Prozent des Strompreises aus.

Nicht anders sieht es bei den Strompreisen für die Industrie aus: Auch hier könnten deutsche Unternehmen viel stärker von der Liberalisierung profitieren, würden sie nicht weitaus mehr als die Konkurrenz im Ausland von Rot-Grün zur Kasse gebeten. Insgesamt hat die Bundesregierung die Staatslasten für die Verbraucher in Deutschland von 2,3 Mrd. € 1998 auf 11,3 Mrd. € im letzten Jahr fast verfünffacht. Ein Ende ist nicht abzusehen, denn private wie industrielle Verbraucher müssen im Zuge der Novelle des EEG in Zukunft mit weiteren Belastungen rechnen. Dessen mangelnde Ausrichtung an Effizienz und marktwirtschaftli-

chen Kriterien hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag wiederholt kritisiert.

Wenn Trittins Kabinettkollege Clement seinerseits davor warnt, höhere Energiepreise könnten die Konjunktur in Deutschland belasten, so ist diese Erkenntnis durchaus zu begrüßen. Sie spricht aber der Politik der Bundesregierung Hohn. Statt nach einem Sündenbock für die verfehlte Energie- und Wirtschaftspolitik von Rot-Grün zu suchen, sollte er lieber vor der eigenen Haustür kehren. Wäre das Wirtschaftsministerium in der Lage gewesen, wie von der EU vorgeschrieben zum 1. Juli eine nationale Regulierungsbehörde zu installieren, hätte das gegenwärtige Vakuum gar nicht erst entstehen können.

Besorgniserregend ist allerdings auch das Verhalten der Elektrizitätswirtschaft: Offensichtlich versuchen die Stromversorger, am Vorabend der Regulierung noch einmal richtig Kasse zu machen. Anders sind Ankündigungen wie diejenige von Vattenfall Europe, die Netzentgelte drastisch anzuheben, kaum zu deuten. Daher ist es richtig, dass sich das Bundeskartellamt hier der Sache annimmt. Ebenso sind die Anträge mehrerer Unternehmen, die Tarife für Haushaltskunden zum Jahres-

wechsel um mehrere Prozentpunkte zu erhöhen, von den zuständigen Länderbehörden kritisch zu prüfen.

Unüberlegt ist die Forderung aus Kreisen der Regierungskoalition, den Gas vom Ölpreis abzukoppeln. Offensichtlich wird hier der Automatismus der Ölpreisbindung nicht verstanden. Er bedeutet schließlich, dass die Entwicklung des Ölpreises nach oben und unten nachvollzogen wird. Die Idee, die Bindung gerade zum jetzigen Zeitpunkt aufzugeben, zu dem der Rohölpreis sich mit über 45 Euro pro Barrel auf Rekordniveau befindet, ist absurd. Ein solcher Schritt würde das Risiko mit sich bringen, dass der Gaspreis auf hohem Niveau zementiert bliebe. Diese Forderung ist daher nicht nur verbraucherfeindlich. Sie würde den Standort Deutschland auch vor eine neuerliche Belastungsprobe stellen.

Dagmar G. Wöhrl ist die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin.

Geschlechtsspezifische Jugendarbeit verbessern

Erklärung anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage



Maria Eichhorn



Michaela Noll

zur „Verbesserung der Zukunftsperspektive für Jungen.“

Die Bundesregierung hat kein Gesamtkonzept zur geschlechtsspezifischen Förderung von Jungen. Ihre Antwort ist ein Beleg für ihre Unkenntnis und ihr Desinteresse, sich näher mit dem Thema Jungenarbeit zu befassen.

Wir brauchen eine geschlechtsspezifische Kinder- und Jugendarbeit. Dazu gehört beispielsweise die Einsetzung von Jungenbeauftragten, wie sie bereits in München praktiziert wird.

Dazu gehört aber auch, dass die verbesserte Förderung von Frauen in so genannten Männerberufen ergänzt werden muss um eine stärkere Förderung von Männern in so genannten Frauenberufen. Die Bundesregierung stellt zwar fest, dass nur sehr wenige Männer in der Tagespflege tätig seien. Konkrete Vorschläge, die mehr Männer ermutigen, den Beruf des Erziehers zu ergreifen,

oder Maßnahmen zur Erhöhung des Männeranteils in vorschulischen Einrichtungen und in Grundschulen fehlen. Auch der aktuelle Gesetzentwurf zum Ausbau der Tagespflege enthält hierzu keine Aussagen.

Die Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält eine geschlechtsspezifische Gestaltung der Jugendarbeit für notwendig, um Vorurteile abzubauen und den unterschiedlichen Bedürfnissen von Jungen und Mädchen gerecht werden zu können.

Maria Eichhorn ist die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend und **Michaela Noll** ist die zuständige Beirichterstatlerin.

Kinderbetreuung bleibt Stein des Anstoßes

Erklärung zu dem Ergebnis der aktuellen Infas-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung und zu dem Festhalten des Bundeskabinetts am Tagesbetreuungs- ausbaugesetz, das einseitig die Kommunen bela-

stet und den Aspekt „Bildung“ in der Kinderbetreuung vernachlässigt.

Die jüngste Umfrage der Bertelsmannstiftung belegt wieder einmal, dass im Bereich der frühkindlichen Förderung auch die Qualität der Angebote in Deutschland völlig unzureichend ist. Das von Rot-Grün geplante Tagesbetreuungs- ausbaugesetz, das insbesondere auf den – von allen Parteien angestrebten – quantitativen Ausbau von Betreuungsangeboten abzielt, greift deshalb qualitativ viel zu kurz. Es berücksichtigt kaum den wichtigen Aspekt der Bildungsförderung für Kinder unter 3 Jahren.

Dabei herrscht in der Sache Klarheit: In Deutschland besteht ein großer Handlungsbedarf, auch im Bereich Erziehung, Bildung und Betreuung unserer Kinder. CDU und CSU haben deshalb ein zukunftsweisendes Konzept vorgelegt, das enorme qualitative und quantitative Verbesserungen bringt.

Die Bundesregierung will demgegenüber mit ihrem Schnellschuss das medienwirksame Thema Kinderbetreuung auf Kosten der Kommunen ausschlagen. Nachdem die Jugendministerkonferenz eindeutig feststellte, dass der ursprüngliche Entwurf auf einer völlig



Peter Götz

falschen Kostenberechnung fundierte, hat Rot-Grün zwar kurzfristig noch einmal Änderungen vorgenommen. Der Finanzierungsvorschlag des unausgegorenen Gesetzentwurfs bleibt hingegen völlig abwegig und ist für die Kommunen so nicht hinnehmbar.

Durch frühzeitige gute Erziehung und Bildung wird der Grundstein fürs spätere Leben gelegt. Wer die Kinderbetreuung in Deutschland effektiv verbessern will, darf dies nicht zentralistisch angehen. Die Entscheidungen sind vor Ort zu treffen. Um hier Verbesserungen zu erwirken, müssen außerdem seriöse Kostenberechnungen und nachvollziehbare Finanzierungsvorschläge auf den Tisch.

Die Union will die Kinderbetreuung optimieren. Rot-Grün will die Kommunen prellen und stiftet erneut Verwirrung im kommunalen

Lager. Erziehung, Bildung und Betreuung unserer Kinder verdienen mehr Ehrlichkeit!

Peter Götz ist der kommunalpolitische Fraktions-sprecher.



Gerlinde Kaupa



Ursula Heinen

Einheitliche Alkopop-Kennzeichnung zum Schutz der Jugend

Erklärung anlässlich der Initiierung einer Gesprächsrunde „Alkopops“ zusammen mit Vertretern aus Handel und Industrie:

Die Sondersteuer auf branntweinhaltenen Mixgetränke, die seit dem 1. August 2004 in Kraft ist, hat, wie zu erwarten, das gewünschte Ziel Kinder und Jugendliche von so genannten Alkopops fernzuhalten, komplett verfehlt.

Bereits im April hat die Union darauf aufmerksam gemacht, dass es durch die Sondersteuer lediglich zu einer Nachfrageverschiebung in Richtung bier- und weinhaltenen Alkopops kommen würde, die preislich attraktiver und bereits mit 16 Jahren legal erwerbbar sind. Deshalb haben wir zum einen immer wieder für die konsequente und verstärkte Durchsetzung des Jugendschutzgesetzes mit den dort bereits beste-

henden Straf- und Bußgeldvorschriften plädiert.

Andererseits müssen die Hersteller der Alkopops und die Getränkeindustrie vernünftig und verantwortungsbewusst mit ihren Mixgetränken umgehen.

Gemeinsam mit Branchenvertretern werden wir am 9. September nach Lösungen suchen. Die bestehenden gesetzlichen Auflagen zum Schutz der Jugend müssen konsequent umgesetzt werden. Intensive Schulungsmaßnahmen für das Verkaufspersonal, die, wie wir in den vergangenen Monaten immer wieder erlebt haben, häufig unwissend sind, was den Verkauf von Alkopops an unter 18jährige angeht, sind eine Maßnahme. Darüber hinaus plädiert die Union für die Einführung einer einheitlichen Kennzeichnungspflicht von alkoholischen Mixgetränken.

Gerlinde Kaupa und **Ursula Heinen** sind die Beauftragten der Bundestagsfraktion für Drogen und Verbraucherschutz.

NEU im Sortiment!

**Pflastermäppchen
„Trostpflaster für 6 Jahre Rot-Grün“**

2 Pflasterstrips in einem Mäppchen

Bestell-Nummer: **9176**

Preis je 100 Stück: **26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €



NEU! Ab sofort wieder im Sortiment!

**Reflektorenanhänger –
bedruckt mit unserem beliebten Smilie!**

Bestell-Nummer: **9558**

Preis je 25 Stück: **22,50 €**

inkl. MwSt.: 26,10 €



Freshmint-Tütchen

Bestell-Nummer: **9110**

Preis je 200 Stück: **22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €



CDU-Luftballon in Orange

Bestell-Nummer: **9304**

Preis je 500 Stück: **30,00 €**

inkl. MwSt.: 34,80 €



Danke für Ihr Vertrauen

Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

Bestell-Nummer: **8196**
 Preis je 250 Stück: **20,20 €**
 inkl. MwSt.: 23,43 €



Türanhänger „Gehen Sie Wählen!“

Bestell-Nummer: **1609**
 Preis je 1.000 Stück: **20,50 €**
 inkl. MwSt.: 23,78 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 0 52 41-8 04 18 92
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de